

# Umfassende Sicherheit?

Ein erweiterter Sicherheitsbegriff für Europa entsteht

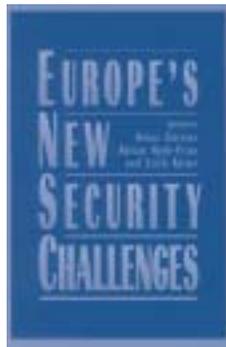
von Franco Algieri

Nicht erst seit dem 11. September 2001 ist bekannt, dass europäische Sicherheitspolitik in einem globalen Kontext analysiert werden muss. Der Begriff Sicherheit hat sich mit dem Ende des Kalten Krieges aus seiner bis dahin bestimmenden Definitionshülle gelöst und verlangt nach einer weiter gefassten Bestimmung. Dabei ist auch der Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu berücksichtigen, ein Projekt der Integrationspolitik, welches aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der internationalen Politik zunehmend an Aufmerksamkeit gewinnt.

Eine komprimierte Darstellung der Entwicklung einer europäischen Verteidigungskooperation bietet die Arbeit von Sir Michael *Quinlan*. Sein Hauptaugenmerk richtet sich auf die militärische Dimension der ESVP und deren Bedeutung für die NATO. Dabei kann sich der Autor auf Beobachtungen und Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit als hoher Beamter im britischen Verteidigungsministerium stützen. Beginnend mit den sicherheits- und verteidigungspolitischen Initiativen, die Westeuropa seit

den fünfziger Jahren geprägt haben, insbesondere das Zustandekommen der Westeuropäischen Union (WEU), konnte bis zum Beginn der neunziger Jahre eine Erfolgsgeschichte einer spezifisch europäischen Sicherheitspolitik nicht verzeichnet werden. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges lag dies nicht zuletzt an der zentralen Rolle der NATO und der Skepsis verschiedener amerikanischer Regierungen gegenüber einem sich in der Sicherheitspolitik emanzipierenden Europa. Darüber hinaus bestanden auf Seiten der europäischen Staaten unterschiedliche Motive im Hinblick auf den Grad der Ausweitung sicherheits- und verteidigungspolitischer Initiativen. Diese einschränkenden Faktoren sollten auch angesichts einer neuen sicherheitspolitischen Dynamik in Europa weiterhin bestimmend bleiben.

Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem in Maastricht vereinbarten und in Amsterdam modifizierten Vertrag über die Europäische Union wie auch durch die Festlegung der Petersberg-Aufgaben der WEU waren wichtige Eckpunkte zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU geschaffen worden. Der entscheidende Schritt in



Große Herausforderungen für Europas Sicherheitspolitik.

Richtung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde Ende 1998 mit der britisch-französischen Initiative von St. Malo getan. Das taktische Verhalten des britischen Premierministers Tony Blair, verbunden mit dem in Whitehall einsetzenden Wandel bei der Beurteilung von Verteidigungspolitik im europäischen Kontext, spielte hierbei eine wichtige Rolle. Als weitere Etappen setzten die Staats- und Regierungschefs der EU bei ihren Ratstreffen Wegvorgaben für den Aufbau der ESVP. *Quinlan* sieht den Hauptaspekt der ESVP in der Verbesserung des militärischen Outputs, er schenkt deshalb dem beim Europäischen Rat von Helsinki beschlossenen „Headline Goal“ besondere Aufmerksamkeit. Doch genau an diesem Punkt sind deutliche Probleme erkennbar, sei es bei der Truppenplanung oder im Verhältnis der EU gegenüber denjenigen NATO-Mitgliedstaaten, die nicht der EU angehören.

Der Erfolg der ESVP hängt demnach von vier Faktoren ab: effektive militärische Fähigkeiten, effiziente Institutionen und Verfahren, konkrete Konzepte der beteiligten Staaten und Vermittlung der ESVP nicht nur nach außen, sondern auch innerhalb der Europäischen Union. Hinzu kommen die Rolle und die Interessen einzelner Staaten und die sich hieraus ergebenden Impulse für weitere Entwicklungsschritte. Neben der Rolle Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten ist für *Quinlan* eine aktive Rolle Deutschlands äußerst wichtig. Dies alles erscheint ihm entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung der ESVP, was wiederum eine

Stärkung der Atlantischen Allianz zur Folge hat. Das Bündnis wie auch Europa insgesamt müssten bei einem Scheitern der ESVP mit entsprechend negativen Auswirkungen rechnen; wie diese aussehen könnten, wird durch den Band nicht beantwortet. Er kann als rascher Überblick zu einem spezifischen Aspekt der ESVP herangezogen werden, doch zur Vertiefung bedarf es weiterführender Lektüre.

Eine in diesem Umfang bislang einzigartige Publikation zum erweiterten Sicherheitsbegriff hat die Bundesakademie für Sicherheitspolitik herausgegeben. Das über 900 Seiten starke Kompendium umfasst 42 Beiträge und basiert auf dem Erkenntnisstand vom Frühjahr 2001. Die Autoren kommen aus wissenschaftlichen Einrichtungen, aus Ministerien und Behörden, den Medien und der Wirtschaft. Ziel der Textsammlung ist es, die Grundlagen und Zusammenhänge eines umfassenden Sicherheitsansatzes darzustellen. Die einzelnen Beiträge folgen einem ähnlichen Aufbau: Zunächst werden die Themen in ihrer zeitlichen Entwicklung bis zur Gegenwart dargestellt, es folgt die Analyse verschiedener Problembereiche, um dann Entwicklungsoptionen und Problemlösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Darüber hinaus findet sich am Ende der Beiträge jeweils ein weiterführendes Literaturverzeichnis.

Alle Themen werden unter dem Aspekt ihrer hohen Bedeutung für deutsche Sicherheitsinteressen behandelt. Hans Frank verdeutlicht in seinem einleitenden Beitrag, wie sich deutsche Sicherheitspolitik nach 1945 entwickelt hat und welche langfristi-

gen sicherheitspolitischen Forderungen bestehen.

Es wird deutlich, dass deutsche Sicherheitsinteressen nicht aus dem Kontext der Europäischen Union herausgelöst werden können. Dabei sind nicht nur einzelne Politikbereiche wie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die gemeinsame Innen- und Rechtspolitik zu beachten; auch die Osterweiterung der EU und Fragen nach den Leitbildern der Europa-Politik stehen damit in Zusammenhang. Europäische Sicherheit ist, so Walther *Stütze*, „zuerst eine Herausforderung und Aufgabe für die Europäer selbst“ (S. 86). Er gibt jedoch zu bedenken, dass der transatlantische Verbund ein Eckpfeiler europäischer Sicherheit sei und bleibe.

Im zweiten Teil werden mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland und Europa innenpolitische Themen wie ökonomische und soziale Disparitäten, organisierte Kriminalität, demographische Aspekte und Extremismus aufgegriffen. Es folgen Analysen zu einzelnen Konfliktregionen (von Südosteuropa bis zum asiatisch-pazifischen Raum), die in unterschiedlichem Ausmaß für die europäische Sicherheit bedeutsam sind. Weiterhin werden überregionale und regionale Herausforderungen behandelt; vom islamischen Fundamentalismus bis zum Wasser als Konfliktursache, von Risiken im Informationszeitalter bis zu Umweltveränderungen. Internationale Organisationen wie beispielsweise OSZE, NATO oder Vereinte Nationen werden ebenso wie Russland,

die USA und China in ihrer jeweiligen Handlungsfunktion beschrieben. Von zunehmender Bedeutung ist darüber hinaus das Agieren von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich auch in der Sicherheitspolitik als Akteure etabliert haben. Der letzte Teil befasst sich mit dem sicherheitspolitischem Management im 21. Jahrhundert; in ihm finden sich Beiträge zur Friedensentwicklung und Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisennachsorge, ebenso zum Stellenwert des Völkerrechts in internationalen Konflikten.

Dieses Kompendium stellt eine für die Beschäftigung mit Sicherheitspolitik beachtenswerte Publikation dar. Es enthält jedoch auch Beiträge, die im Gesamtkontext isoliert erscheinen, auch fehlt leider ein abschließender und zusammenfassender Beitrag, der die Komplexität der Themen zusammenführt und bewertet. So bleibt es dem Leser überlassen, anhand der entsprechenden Querverweise in den einzelnen Beiträgen thematisch selektiv vorzugehen und eigene Schlussfolgerungen zu ziehen.

Umfassende Sicherheit ist auch das zentrale Thema des von Heinz *Gärtner*, Adrian *Hyde-Price* und Erich *Reiter* edierten Bandes zu Europas neuen Sicherheitsherausforderungen. Vorab sei angemerkt, dass der Untersuchungszeitraum 1999 endet, einige Aspekte wären deshalb neu zu bewerten. Insgesamt jedoch lohnt die Lektüre. *Gärtner* und *Hyde-Price* stellen einleitend fest, dass ein umfassender Sicherheitsbegriff weiterentwickelte Analyseinstrumente verlangt. Staatszentrierte und auf die militärische Di-

mension konzentrierte Konzepte geben auf die neuen Sicherheitsfragen keine adäquaten Antworten. Dies wird in dem ersten, sehr theoriegeleiteten Teil unterstrichen, in dem auf die Schwierigkeiten hingewiesen wird, mit denen sich Sicherheitsstudien im 21. Jahrhundert konfrontiert sehen. Weiter gedacht bedeutet dies, die Grenzen eines erweiterten Konzepts umfassender Sicherheit zu definieren. Zum Abschluss des ersten, unter der Überschrift „conceptual framework“ stehenden Teiles findet sich ein Beitrag von Jan Willem Honig zu den Risiken und Herausforderungen neuer Konflikte. Für ihn stellen die neuen Konfliktbereiche der Zeit nach dem Kalten Krieg keine fundamentalen Sicherheitsrisiken für den Westen dar; der Terrorismus wird als Konflikttyp niedriger Intensität bewertet, der auch im Falle einer Eskalation vom Westen effektiv bewältigt werden kann (S. 106). Nach dem 11. September 2001 erscheint es indes angebracht, derartige Schlussfolgerungen zu hinterfragen.

Unter der eher allgemeinen Überschrift „European Security“ finden sich im zweiten Teil des Bandes Forderungen an die Europäische Union nach einer bestimmteren globalen Akteursrolle. Für das Krisenmanagement sind nicht nur funktionierende transatlantische Verbindungen notwendig; sicherheitspolitisches Handeln muss darüber hinaus auch flexibel gestaltet werden. Auf die EU bezogen wird gefragt, ob sich nicht etwa eine dauerhaft führende Gruppe von Staaten herausbilden müsse. Ebenso ist die Ausweitung von Mehrheitsent-

scheidungen zu klären, um Entscheidungsblockaden zu überwinden. Der anschließende dritte Teil weitet den geographischen Betrachtungswinkel aus und stellt die OSZE in den Mittelpunkt der einzelnen Beiträge. Trotz ihrer Schwächen wird dieser Organisation bei der Mitgestaltung europäischer Sicherheitspolitik ein hoher Stellenwert zugesprochen. Anhand von Fallbeispielen und einer Einschätzung von Friedensoperationen befasst sich der vierte Teil mit Fragen regionaler Sicherheit.

Abschließend wird die Rolle von Großmächten untersucht. Mehr und mehr werden Staaten, ob „Schurkenstaaten“ oder Großmächte, als die Vorboten globaler Instabilität verstanden. Für die Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert sind deshalb supra- und subnationale Akteure von zunehmender Relevanz, um auf die Reduzierung von Bedrohungen hinzuwirken. Staaten wie Russland und die Volksrepublik China dürfen in einer globalen Sicherheitsperspektive nicht vernachlässigt werden, doch aufgrund ihrer jeweiligen inneren Probleme werden sie vorerst als geschwächte Mächte bewertet.

---

Michael Quinlan, *European Defense Cooperation. Asset or Threat to NATO?* Washington D.C.: Woodrow Wilson Center Press 2001. 90 S. (keine Preisangabe).

---

Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.), *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg/Berlin/Bonn: Mittler Verlag 2001, 929 S., 47,00 EUR.

---

Heinz Gärtner, Adrian Hyde-Price und Erich Reiter (Hrsg.), *Europe's new security challenges*, Boulder und London: Lynne Rienner 2001, 470 S., 23,50 \$.

---

## Die russische Armee in der Krise?

HENNING SCHRÖDER

Michael H. Crutcher/The United States Army War College; Center for Strategic Leadership (Hrsg.), *The Russian Armed Forces at the Dawn of the Millennium*. 7–9 February 2000, 400 S. Kostenlos im Internet unter <http://perso.club.internet.fr/koslowsk/books.html>.

Henrikki Heikka, *Beyond the Cult of the Offensive. The Evolution of Soviet/Russian Strategic Culture and its Implications for the Nordic-Baltic Region*, Helsinki/Berlin/Kauhava: Ulkopoliittinen instituutti/The Finnish Institute of International Affairs/Institut für Europäische Politik 2000 (= Programme on the Northern Dimension of the CFSP, Vol. 10), 148 S. (keine Preisangabe).

Die sicherheitspolitische Wende, die die Regierung von Präsident Wladimir *Putin* nach den Terroranschlägen auf Washington und New York einleitete, hat Russland als Partner an die Seite der Vereinigten Staaten und der NATO geführt. Damit ist die russische Regierung auf dem Feld der internationalen Politik wieder als Akteur vertreten; sie übernimmt somit wieder eine Rolle, die ihr schon durch die geographische Lage zugewiesen wird. Ein Staat, der im Westen EU und NATO zu Nachbarn hat, im Osten China und Japan, im Süden die Krisenregionen Zentralasien und Kaukasus, ist de facto dazu verurteilt, Weltpolitik zu treiben, auch wenn er seit langer Zeit nicht mehr über die Ressourcen dafür verfügt. Allein durch Eintritt in ein leistungsfähiges Bündnis kann Russland dieses außen- und sicherheitspolitische Dilemma letztlich überwinden. Die Annäherung an die westliche Allianz sollte aber Anlass sein, sich erneut einen Überblick über die militärischen und

Rüstungsressourcen der Russischen Föderation zu verschaffen und die sicherheitspolitischen Vorstellungen der russischen Eliten zu analysieren.

Einen solchen Versuch hat das US Army War College im Februar 2000 – damals politisch noch unter anderen Vorzeichen – im Rahmen einer Konferenz unternommen, deren Ergebnisse jetzt dokumentiert worden sind. Die Beiträge sind in vier Abschnitte gegliedert. Der erste behandelt den innenpolitischen Rahmen, in dem Militär- und Sicherheitspolitik formuliert wird, der zweite setzt sich mit der Lage innerhalb der Streitkräfte auseinander, der dritte thematisiert die internationale Lage zur Jahrtausendwende, der vierte schließlich wendet sich den Modernisierungsprojekten der russischen Streitkräfte zu. Jeder dieser Abschnitte umfasst fünf bis sechs Einzelbeiträge, die sich etwa mit dem Zustand der Rüstungsindustrie, den Beziehungen zwischen Militär und Politik unter Boris *Jelzin* oder der Entwicklung der Militärreform im letzten Jahrzehnt befassen.

Zusammengenommen lassen die Beiträge ein facettenreiches Bild von der Lage und den Entwicklungsperspektiven der russischen Streitkräfte entstehen, das allerdings wenig optimistisch stimmt. Wenn Dale *Her spring* den fortgesetzten Zerfallsprozess des Militärs plastisch darstellt, oder wenn Chris *Bluth* demonstriert, dass gerade der Verlust konventioneller Stärke ein Motiv ist, an der nuklearen Komponente festzuhalten, dann wird deutlich, wie schwierig und instabil die sicherheitspolitische Lage Russlands ist. Dass die überwiegend

konservativen Teilnehmer von der Politik *Putins* kaum positive Anstöße erwarteten und seine offensive Annäherung an den Westen nicht antizipierten, wird nicht überraschen. Das reiche Faktenmaterial, das in diesem Sammelband ausgebreitet wird, behält trotzdem seinen Wert.

Die zweite Arbeit, die hier vorgestellt werden soll, wurde zwar auch im Jahr 2000 abgeschlossen, aber die Vorgehensweise und der regionale Blickwinkel haben ihren Autor in den Stand versetzt, die innere Entwicklung russischer Sicherheitspolitik ganz zutreffend zu prognostizieren: „While much ideological anti-Westernism still remains among the Russian elite, the fact that Western intentions are analysed in Moscow in a predominantly realistic framework makes cooperation in the future more likely than in Soviet times.“ (S. 91 f.) Diese Einsicht gewinnt der finnische Verfasser aus einer sorgfältigen Analyse sowjetischen und russischen sicherheitspolitischen Denkens („strategic culture“) im Verlauf mehrerer Jahrzehnte. Er kann zeigen, wie sich in den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs in Politik und Militär ein Denken durchsetzte, das die Offensive in den Mittelpunkt stellte und die sowjetische Sicherheitspolitik bis in die Ära von Michail *Gorbatschow* hinein dominierte.

Der Kollaps dieses Konzepts Ende der achtziger Jahre löst dann eine fieberhafte Suche nach neuen sicherheitspolitischen Denkansätzen aus. „Liberale“ bzw. „Realisten“ und „Hardliner“ geben hier ganz unterschiedliche Antworten. Doch setzt

sich, so *Heikka*, zunehmend eine strategische Orientierung durch, die in der Offensive keine realistische Option mehr sieht und die EU und NATO zunehmend als Partner begreift. Dies wirkt sich letztlich auch positiv auf die Region Ostsee-Skandinavien aus, obwohl Russland hier immer noch eine Hegemonialstellung zu beanspruchen scheint. Die innerrussischen Gegensätze demonstriert der Autor auch an der Debatte über Multipolarität und kann hier noch einmal deutlich machen, wie sich die Denkmuster insgesamt verändern. Auf der Grundlage dieser Analyse kommt *Heikka* dann zu seinen zutreffenden Folgerungen, die auch die Ereignisse des 11. September unbeschadet überstanden haben – und die jetzt dabei helfen können, *Putins* Wende zum Westen richtig zu interpretieren.

### Das „System Kohl“

MARTIN MANTZKE

Stefan Fröhlich, „Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung. Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh 2001, 311 S., 24,54 EUR.

Der Wortlaut des Artikels 65 unseres Grundgesetzes ist eindeutig: Der Bundeskanzler „bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung“. Diese „Richtlinienkompetenz“ ist neben dem Recht zur Regierungsbildung die klassische Befugnis des Kanzlerprinzips im Rahmen der Verfassung. Nach ihr umfasst sie zwar nicht explizit auch die Verant-

wortlichkeit für die Außenpolitik, doch weist die Geschäftsordnung der Bundesregierung bereits in ihrem ersten Paragraphen darauf hin, dass es sich dabei um Richtlinien der inneren wie auch der äußeren Politik handle. Ungeachtet aller verfassungsmäßigen wie politischen Beschränkungen sind die Möglichkeiten des Bundeskanzlers zur Politikgestaltung also erheblich; das Bundeskanzleramt als „Geschäftsstelle der Bundesregierung“ spielt im politischen Gefüge der Bundesrepublik eine zentrale Rolle.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik in den Jahren 1982 bis 1990, vom Amtsantritt Helmut *Kohls* bis zur entscheidenden Zäsur der deutschen Einheit also, steht im Mittelpunkt der Studie von Stefan *Fröhlich*. Der Bonner Politikwissenschaftler geht dabei von der Kernthese aus, wonach es seit Beginn der Kanzlerschaft *Kohls* eine graduelle Gewichtsverlagerung in der Außenpolitik weg vom Auswärtigen Amt und hin zu einer verstärkten Führungsrolle des Bundeskanzlers bzw. des Bundeskanzleramts gegeben hat. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht die Analyse der Herausforderungen, Interessen, Konflikte und Entscheidungsprozesse in diesem Beziehungsgeflecht.

Der erste, institutionelle Teil behandelt den verfassungsmäßigen und strukturellen Kontext von Bundesregierung und Kanzleramt in der Außenpolitik. Beschrieben wird das Bundeskanzleramt als zentrale Leitungs- und Koordinierungsinstitution des Regierungschefs in der Außenpolitik; einbezogen werden dabei auch die gleichzeitig am außenpoliti-

schen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess beteiligten großen Ressorts. Die Beziehungen des Kanzlers zu seiner Partei, zum Parlament und zum Koalitionspartner werden ebenso untersucht wie die strukturellen Bedingungen, unter denen sich auswärtige Politik innerhalb der Bundesregierung vollzieht, und welche Einwirkungs- und Einflussmöglichkeiten etwa bestimmte Bundesbehörden oder Interessenverbände haben.

Im zweiten, mehr politikorientierten Teil wird die Außenpolitik in der „Ära Kohl“ anhand von drei ausgewählten Beispielen dargestellt: der Rüstungs-, der Europa- und der Deutschland-Politik. Dabei gelingt *Fröhlich* eine überzeugende Beschreibung des Regierungsstils und des politischen Handelns von *Kohl*, dessen Kanzlerschaft zunächst charakterisiert schien durch mangelnde persönliche richtungweisende Impulse und ein eher lockeres Führungsmanagement. Doch neben einem untrüglichen Instinkt für politisches Taktieren und einem machtbewussten Führungsstil besaß *Kohl* auch eine klare Programmatik. Zu ihr gehörte neben der festen Verankerung der Bundesrepublik im Westen und der Integration in Europa auch das Festhalten am Ziel der deutschen Einheit – jene Grundaxiome Kohlscher Politik also, die „gebetsmühlenartig zu verwenden er nicht müde wurde“ (*Fröhlich*). Erst spät wurde erkannt, dass der Kanzler darüber hinaus auch über eine ausgeprägte Dialogbereitschaft verfügte, dass er durchaus in der Lage war, Politik als eine aktive Verhaltensweise im Sinne von Zielfindung und Zielset-

zung zu begreifen. Nicht zuletzt die Ereignisse des Jahres 1989 zeigten dann, dass es ihm gelungen war, in Washington und Paris ebenso wie zuletzt auch in Moskau ein beträchtliches Vertrauenskapital aufzubauen, und dass es seiner menschliches Vertrauen erweckenden und Zuverlässigkeit ausstrahlenden Art zu verdanken war, dass dieser überaus schwierige Prozess erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Überhaupt glaubt *Fröhlich* für die achtziger und neunziger Jahren die Entwicklung eines „zusehends personalisierten Verständnisses von Politik“ konstatieren zu können und sieht in dem „Faktor Persönlichkeit“ ein geradezu bestimmendes Element dieser Jahre. Gewiss entfalten die „Umstände“, die jeweilige Machtkonstellation, Interessenlage, ökonomische Zwänge resultierend aus weltwirtschaftlicher Globalisierung, die Entwicklung moderner Kommunikationssysteme, der aus zunehmender Transparenz und Abhängigkeit entstehende Druck ethnischer Gruppen oder unterdrückter Völker auf die herrschende Klasse bzw. politische Führung, deren Machtwille und nicht zuletzt deren zufällige Position an der Spitze einer Groß- oder gar Supermacht ihre gleichsam weltgeschichtliche Wirkung. Doch niemand könne bestreiten, dass sich Politik letztlich nicht über die politischen Systeme vollzieht, sondern zwischen politischen Akteuren als Trägern von Interessen und bestimmten Wertvorstellungen, und dass in schwierigen Zeiten „politische Führungspersönlichkeiten wichtiger werden als alle Verfassungs-

dokumente“ (S. 110). Schon immer haben geistiges Einverständnis und Sympathie zwischen Politikern eine große Rolle gespielt, doch selten, so *Fröhlich*, sei ein besonders gutes Verhältnis zwischen Politikern so ausschlaggebend für den Lauf der Geschichte gewesen wie beispielsweise im Falle der deutschen Einheit. *Kohls* Handeln in dieser weltgeschichtlichen Umbruchphase sei das eines umsichtigen Staatsmanns gewesen, auch wenn bei ihm dieser Begriff eine starke innenpolitische Dimension erhielt. Die Konzentration auf seine Partei und die von ihm geführte Koalition blieb nach wie vor charakteristisch für seinen Regierungsstil, der aber zugleich eine persönlich geprägte und personenzentrierte Einfärbung erhielt – nach Ansicht *Fröhlichs* hat *Kohl* damit ganz wesentlich zur „Personalisierung der internationalen Politik“ beigetragen.

Obwohl aufgrund des geringen zeitlichen Abstands viele Dokumente noch nicht zugänglich sind, konnte der Verfasser sich auf eine Vielzahl von bereits veröffentlichten Quellen sowie auf eine umfangreiche Memoiren- und Sekundärliteratur stützen; er hat darüber hinaus mit zahlreichen Zeitzeugen und politischen Akteuren – das Quellenverzeichnis nennt 35 Namen aus den Führungsetagen von Kanzleramt, Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium – Gespräche geführt. Entstanden ist ein Buch, das einen kenntnisreichen, bisweilen sogar spannenden Einblick in das außenpolitische Handeln Helmut *Kohls* in den wohl entscheidendsten Jahren seiner Kanzlerschaft gewährt.